



Presseschau vom 28.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Erik Rasulev: Kapitalisten sind Blutsauger. Klare Botschaft des deutschen Wettbewerbers beim Moskauer Filmfestival

Die deutsch-russische Koproduktion „Blutsauger“ hat dieser Tage ihre Zuschauerpremiere bei den internationalen Filmfestspielen in Moskau gefeiert. Die von Anachronismen überfüllte Satire des Regisseurs Julian Radlmaier weist zudem einen eindeutigen Bezug auf die Gegenwart auf. ...

<https://snanews.de/20210427/blutsauger-moskauer-filmfestival-1879810.html>

Liudmila Kotlyarova: „Nicht aus innenpolitischen Gründen kaputt machen“: Kretschmer zu Rohstoffkonferenz mit Russland

In einem Statement für SNA betont der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer die Wichtigkeit eines Dialogs mit Russland auch in schwierigen Zeiten und bekräftigt seine Unterstützung für gemeinsame Projekte wie Nord Stream 2. Zwischen dem 28. und 30. April fungiert Kretschmer als Schirmherr der Deutsch-Russischen Rohstoffkonferenz. ...

<https://snanews.de/20210428/kretschmer-haelt-energiekonferenz-mit-russland-ab-1878529.html>

Armin Siebert: Corona-Krise: Zahl der Selbstständigen sinkt bis Ende 2021 um 300.000

Die Coronakrise verstärkt die Unsicherheit am Arbeitsmarkt. Immer weniger Menschen trauen sich in die Selbstständigkeit. Bis Ende des Jahres wird ein Rückgang um 300.000

Selbstständige erwartet. ...

<https://snanews.de/20210428/corona-krise-zahl-selbststaendigen-sinkt-1889050.html>

Aleksey Imajew: **Acht effektive Wut-Ausschalter**

Wenn Sie richtig zornig werden und voll gestresst vor Wut kochen, kann natürlich ein Bis-10-zählen-Klassiker helfen. Wenn das kaum wirkt, dann vielleicht auch bis 100. SNA hat ein paar Techniken gesammelt, die laut Wissenschaftlern effektiv, aber dabei nicht schwieriger als das Zählen sind. ...

<https://snanews.de/20210428/acht-effektive-wut-ausschalter-1891099.html>

snanews.de: **Lawrow im großen Interview: Liste unfreundlicher Staaten kommt bald**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow ist in seinem großen Interview mit dem Generaldirektor der Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“, Dmitri Kisseljow, auf eine Reihe politischer Themen eingegangen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Krise in der Beziehung Russland-USA sowie die angespannte Lage in der Ostukraine. ...

<https://snanews.de/20210428/lawrow-interview-ria-politik-1893818.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Nach Bekanntgabe russischen Truppenrückzugs: Maas wartet auf Taten**

Außenminister Heiko Maas hat am Dienstag nach DPA-Angaben die Rückzugsankündigung der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze begrüßt.

Jetzt erwarte der Minister, dass diesen Worten bald auch Taten folgen werden. Zu den weiteren notwendigen Schritte gehören es, die Sperrung von Seegebieten im Schwarzen Meer zurückzunehmen und Verletzungen der Waffenruhe in der Ostukraine abzustellen, sagte der Politiker bei einem Treffen mit seinem slowakischen Amtskollegen Ivan Korcok in Berlin. Ihm zufolge sollten Probleme durch Dialog gelöst werden.

Korcok seinerseits versicherte, die Slowakei unterstütze die internationale Gemeinschaft und Berlin bei den Friedensbemühungen. Er bekräftigte die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine.

Russischer Truppenrückzug

Am Donnerstag ordnete Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu den Truppenrückzug von der ukrainischen Grenze an. Somit waren die Militärübungen im Süden und Westen Russlands beendet. Die Rückkehr der Truppen, die am Manöver beteiligt waren, ist bis zum 1. Mai geplant.

Anfang April hatte Russland die Überprüfung der Gefechtsbereitschaft seiner Streitkräfte begonnen. Damals war berichtet worden, dass im April mehr als 4000 Übungen stattfinden sollten. Diese sollten in allen Militärbezirken und in der Nordflotte, sowie auf den Kurilen und der Halbinsel Kamtschatka erfolgen. An den Übungen auf der Krim beteiligten sich mehr als 10.000 Menschen und etwa 1200 Stück Militärtechnik.

Die westlichen Staaten haben in letzter Zeit ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Washington sprach von einer vermutlichen Bewegung der russischen Streitkräfte auf der Krim und an der östlichen Grenze der Ukraine.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte in Bezug darauf, die Bewegungen der russischen Truppen auf dem Territorium Russlands sollten andere Staaten nicht beunruhigen, weil sie keine Bedrohung für diese Länder darstellen würden. Die Geschehnisse im Donbass seien ein interner ukrainischer Konflikt, an dem die russischen Truppen nie beteiligt gewesen seien, so Peskow.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/02/50815_0:0:3071:1728_1440x0_80_0_0_0efa5508ea88b3eb8f23e2ea5510a1c1.jpg

snnews.de: **USA ziehen Teil ihres Botschaftspersonals aus Afghanistan ab**

Die Vereinigten Staaten haben am Dienstag einigen ihrer Beamten befohlen, die Botschaft in Kabul zu verlassen. Dies geht aus einer Mitteilung des US-Außenministeriums hervor.

„Aufgrund zunehmender Gewalt und Bedrohungsberichte in Kabul erteilte das Außenministerium den Befehl zur Abreise von US-Regierungsangestellten aus der US-Botschaft in Kabul, deren Aufgaben andernorts durchgeführt werden können“, hieß es in der Mitteilung.

Gemeint sind dabei Diplomaten und andere Mitarbeiter. Welcher Teil der Beamten in Kabul konkret davon betroffen sein wird, ist unklar.

Außerdem sollen die US-Bürger, die Afghanistan verlassen möchten, dies so bald wie möglich mit kommerziellen Flügen tun. US-Bürger sollten aufgrund von Kriminalität, Terrorismus, Unruhen, Entführungen, bewaffneten Konflikten und COVID-19 weiterhin nicht nach Afghanistan reisen, erinnerte das Ministerium. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0f/165825_0:54:1025:630_1440x0_80_0_0_6156307482d36d5d0ff16ddd71b8cf45.jpg

snnews.de: **„Wenn es nur von uns abhängen würde...“: Lawrow über kriselnde Beziehung Moskau-Washington**

In letzter Zeit befinden sich die Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten in einer offensichtlichen Krise: Amerikanische Sanktionen folgen aufeinander, Diplomaten

werden ausgewiesen. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat sich in einem Interview mit RIA Novosti dazu geäußert.

„Wenn es nur von uns abhängen würde, würden wir wahrscheinlich zu normalen Beziehungen zurückkehren“, sagte Lawrow gegenüber Generaldirektor der Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“, Dmitri Kisseljow.

Als ersten, „überhaupt nicht schwierigen Schritt“, würde man alle Maßnahmen auf null bringen, die früher ergriffen wurden, um die Arbeit russischer Diplomaten in den Vereinigten Staaten einzuschränken.

„Wenn wir aber über eine strategische Vision unserer Beziehungen sprechen, hoffe ich sehr, dass Washington wie wir die Verantwortung für die strategische Stabilität in der Welt erkennt. Nicht nur die Probleme Russlands und der Vereinigten Staaten, nicht nur die Probleme, die das Leben unserer Bürger, ihre Kontakte, Kommunikation, Geschäfte und humanitäre Projekte erheblich erschweren, sondern auch die Probleme, die in einem sehr weit gefassten Sinne ein ernstes Risiko für die internationale Sicherheit darstellen.“ ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/1a/1866391_0:41:3069:1767_1440x0_80_0_0_c09bce9350c875ca3edc49095f50c0cf.jpg

vormittags:

wpered.su: **Die Aufgabe wahrer Patrioten ist es, eine starke, gerechte, sozialistische Heimat wiedererstehen zu lassen – die UdSSR**

Am 7. April 2014 verabschiedete der Kongress von Vertretern von Gebietskörperschaften, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der Donezker Oblast den Akt über die Proklamation der staatlichen Unabhängigkeit der Donezker Volksrepublik und die Deklaration über die Souveränität der Donezker Volksrepublik. Nach 34 Tagen, am 11. Mai, bestätigten die Wähler bei einem allgemeinen Referendum mit einer Beteiligung von 74,5% die Gründung der Donezker Volksrepublik mit 89,7% der Stimmen.

In den 7 Jahren, die seit der Ausrufung der Republik vergangen sind, ist viel geschehen: Freuden, Hoffnungen, Errungenschaften, Fehler, Sorgen, Missgeschicke und Enttäuschungen. Nach dem ursprünglichen Plan bei der Gründung der Republik schien es uns, dass unser Bestreben, die Widersprüche mit der Ukraine auf friedlichem Wege zu lösen, schnell in die Praxis umgesetzt werden würden. Manchmal verläuft die Teilung eines Landes friedlich, zivilisiert. Zum Beispiel wurden aus der Tschechoslowakei die Tschechien und die Slowakei gebildet. Auch die Sowjetunion wurde, wenn auch illegal, aber zum größten Teil auf friedliche Weise geteilt. Wir wünschten niemandem Böses, geschweige denn Leid und Tod. Für uns war und ist das menschliche Leben der wichtigste Wert. Um des Lebens willen wurde unsere

Volksrepublik geschaffen. Aber die ganz und gar käufliche, gegen das Volk gerichtete, menschenfeindliche Regierung in der Ukraine schätze unsere guten Absichten nicht. Die Kiewer Junta schätzt weder unser Leben noch das Leben ihrer Bürger. Angeführt von ihren amerikanischen und westeuropäischen Herren ist die Ukraine bereit, uns, sich selbst und die ganze Welt in die Luft zu sprengen. Trotz aller militärischen, ökonomischen und politischen Probleme überlebt die Republik und geht, ihren Willen in der Einheit des Ziels konzentrierend, voran. Die grundlegenden staatlichen Strukturen und Organisationen arbeiten. Schulen, Krankenhäuser, Verkehr, Kommunalwirtschaft, Energieversorgung, Handel, Kultur, Sport, Renten, Organe der Staatssicherheit, Volksmiliz und vieles andere erfüllen im ganzen ihre Funktionen. Die brüderliche humanitäre Hilfe, die organisatorische und politische Unterstützung von Seiten Russlands, seiner verschiedenen Organe und politischen Parteien geben Hoffnung auf eine Veränderung der Situation zum Besseren.

Natürlich erschweren komplizierte internationale geopolitische Widersprüche und Umstände, in denen sich unsere Republik zusammen mit unserer älteren Schwester und Hoffnung, Russland, befindet, den Prozess unserer Entwicklung.

Aus meiner Sicht sollte sich die Republik auf die Stärkung ihrer Staatlichkeit konzentrieren. Ja, bei unseren Menschen gibt es starke paternalistische Stimmungen. Viele von ihnen möchten, dass wir „schon morgen“ Teil der Russischen Föderation sind. Unser Ziel ist es, unsere Zukunft gemeinsam mit Russland aufzubauen, in einer Familie brüderlicher Völker. Aber in der heutigen Lage müssen wir uns weitgehend auf uns selbst verlassen. Die Schaffung des DVR ist unsere Wahl, unsere Entscheidung. Es handelt sich nicht um ein russisches Projekt, wie die ukrainische Regierung und ihre Herren der Welt weismachen wollen. Und da es unsere Entscheidung ist, werden wir Entwicklung, Stärkung der Staatlichkeit und Anerkennung von Seiten anderer Staaten vor allem nur erreichen können, indem wir uns auf unser Volk verlassen.

Seit 7 Jahren befindet sich die Volksrepublik im Kriegszustand mit der Ukraine um ihre Unabhängigkeit. Aber das Parlament hat sich unzureichend mit der Stärkung der politischen Struktur des Landes, der Entwicklung der „Zivilgesellschaft“ befasst. Letztes Jahr, im Jahr 2020, erarbeitete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der DVR in enger Einheit mit einer ganzen Reihe von patriotischen Organisationen das Programm der Volkspatriotischen Union der DVR. Dieses Programm hat vier Abschnitte: politische Strukturierung, ökonomische Transformationen, Sozialpolitik und internationale Beziehungen. In den Abschnitten werden vorrangige Schritte beschrieben, ohne die es noch lange dauern wird, bis wir die Ziele zur Stärkung der Republik erreichen werden. Diesem Programm liegen die Aufgaben der Entwicklung des Menschen, des Bürgers, des schaffenden Menschen, des Erschaffers unserer Republik zugrunde. Das Programm ermöglicht es, das Potenzial jedes aktiven Mitglieds unserer Gesellschaft zu nutzen. Derzeit werden viele Initiativen unserer Bürger durch den fehlenden gesetzlichen Rahmen und bürokratischen Unwillen zerschlagen. Die Staatsorgane sind darauf konzentriert, kurzfristige Probleme zu lösen. Die Massen werden nicht auf perspektivischen Aufgaben orientiert, die von der Regierung geplant werden. Die Regierung zeigt dem Volk ihre mittel- und langfristigen Programme nicht. Die heutige Aufgabe für jeden, der sich für einen Bürger und Patriot der DVR hält, besteht darin, die Einheit von Regierung und Volk zu erreichen, das Potential jedes Menschen, jeder gesellschaftlichen Struktur zu eröffnen, die leben und die Donezker Volksrepublik stärken wollen. Es gibt nicht wenige solcher Kräfte im Donezker Land, die unsere junge Republik stärken wollen.

Die Zukunft unserer Republik liegt in einer Union mit Brudervölkern auf dem Weg der sowjetischen, der sozialistischen Entwicklung. In den grundlegenden Dokumenten unseres Staates sind die Grundlagen eines Staates sowjetischen Typs gelegt worden. Und eine absolute Mehrheit unserer Bürger hat im Referendum für diese Dokumente gestimmt. Die Aufgabe aller patriotischen Kräfte ist es, die Wünsche des Volkes in die Realität umzusetzen.

Heute stehen viele Länder der Welt, insbesondere Russland, vor einem Dilemma, welchen Weg sie weiter einschlagen sollen. Der Kapitalismus, auch im globalen Maßstab, hat Länder und Völker in eine Sackgasse geführt. Diese Sackgasse wird Faschismus genannt. Wir versuchen seit 2014, aus dieser Sackgasse herauszukommen. Russland hat die endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Natürlich sind wir Bewohner des Donbass, wie man sagt, von Geburt dazu bestimmt, mit Russland zusammen zu sein. Und wir werden unsere Mission, mit Russland zusammen zu sein, unter allen historischen Umständen erfüllen. Auch jetzt stehen wir in der vordersten Front des Kampfes der Zivilisationen, sowohl für uns als auch für Russland. Und doch müssen und werden wir sicher zu der ursprünglichen Idee zurückkehren, als wir den DVR gegründet haben: den Volksstaat zu stärken. Indem wir auf unsere Republik hoffen und sie mit eigenen Kräften entwickeln, werden wir auch Russland die Aufgabe leichter machen, uns allseitig zu unterstützen. Schließlich haben wir die Ressourcen, erfahrene Menschen, den Willen des Volkes und gute Freunde, um uns für die Erreichung der von Anfang an gewählten Ziele zusammenzuschließen. Wir wollen in Frieden mit allen Völkern leben, auch mit dem ukrainischen. In die Zukunft unserer Republik sehe ich mit Optimismus. Wenn wir das Programm der Volkspatriotischen Kräfte umsetzten, wenn wir die Sorge um den Menschen in den Mittelpunkt stellen, unsere Volksmiliz und die Rechtsschutzorgane als grundlegende Kräfte für den Erhalt unserer Republik im Kampf mit äußeren und inneren Feinden, umfassend stärken, das System der Volksmacht entwickeln, werden wir die Staatlichkeit der DVR stärken. Dann können wir mit einer Anerkennung rechnen, wenn es zuerst auch nur durch einige Staaten ist. Es wird ein wenig einfacher für uns werden. Und dann werden wir, uns auf unsere eigene Kraft stützend, in erster Linie unser Land wiederbeleben und gemeinsam mit anderen brüderlichen und befreundeten Völkern eine friedliebende, Starke, Gerechte und Sozialistische Heimat - die UdSSR – aufbauen (die groß geschriebenen Anfangsbuchstaben ergeben im Russischen die Abkürzung UdSSR; Anm. d. Übers.).

Boris Litwinow, Erster Sekretär des ZK der KP der DVR

snaews.de: **Moskau zur Lage in der Ostukraine: Krieg „kann und muss vermieden werden“**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich in einem Interview mit SNA am Mittwoch zur Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts mit der Ukraine im Donbass geäußert.

„Ein Krieg im Donbass mit der Ukraine kann und muss vermieden werden“, betonte der Außenminister. Zugleich wies Lawrow darauf hin, er könne nicht für die Ukraine und ihren Staatschef Volodymyr Selenskyj sprechen:

„Ich stelle keine Vermutungen an, denn äußeren Anzeichen nach ist die Hauptsache für ihn, an der Macht zu bleiben. Er ist bereit, jeden Preis zu zahlen, auch Neonazis und Ultra-Radikalen zu dulden, die weiterhin die Donbass-Milizen zu Terroristen erklären.“

Der Kreml hatte mehrfach betont, Russland werde das Schicksal der in der Ukraine lebenden russischsprachigen Menschen nicht gleichgültig beobachten.

Lage im Osten der Ukraine

In den letzten Wochen hat sich die Lage im Donbass zugespitzt. Beide Konfliktparteien werfen einander vor, den Beschuss verstärkt zu haben. Die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk behaupten ferner, die ukrainischen Streitkräfte verlegten militärische Ausrüstung an die sogenannte Berührungslinie.

Der Westen wirft wiederum Russland „verstärkte aggressive Aktivitäten“ nahe der ukrainischen Grenze vor. Der Kreml erwidert, die russischen Truppen bewegten sich nach eigenem Ermessen auf eigenem Territorium und das sollte niemanden stören, da Russland für niemanden eine Bedrohung darstelle. Moskau erklärte wiederholt, es sei keine Partei im innerukrainischen Konflikt und sei daran interessiert, dass Kiew seine politische und

wirtschaftliche Krise überwindet.

Am Donnerstag ordnete Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu den Truppenrückzug von der ukrainischen Grenze an. Damit wurde das Ende der Militärübungen im Süden und Westen Russlands signalisiert. Die vollständige Rückkehr der Truppen, die am Manöver beteiligt waren, ist bis zum 1. Mai geplant.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. April 2021 wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgt eine genaue Aufstellung der Waffensysteme – Anm. d. Übers.)

Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo, Kalinowo, Solotoje-5** und **Molodjshnoje** unter Einsatz von Granatwerfern, 82mm-Mörsern und großkalibrigen Maschinengewehren.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 27. April 3:00 Uhr bis 28. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme – Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Krutaja Balka, Spartak, Staromichajlowka, Kominternowo.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feueinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 12.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 6 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Persischer Golf: US-Schiffe feuern Warnschüsse in Richtung iranischer Boote ab**

Im Persischen Golf ist es zu Spannungen zwischen der US-Marine und Schiffen der iranischen Revolutionsgarde gekommen. US-Boote haben am Montag Warnschüsse in Richtung iranischer Schiffe abgegeben. Drei iranische Schnellboote hätten sich laut Angaben des Pentagon den US-Patrouillenbooten schnell und mit unbekannter Absicht genähert. Der Vorfall ereignete sich am Montag, doch das Pentagon informierte erst am Dienstag (Ortszeit) darüber. Die US-Schiffe „Firebolt“ und „Baranoff“ haben dem Bericht zufolge iranische Schiffe, die sich bis auf etwa 62 Metern genähert hätten, per Funk und Lautsprechern mehrmals gewarnt. Iranische Schiffe setzten aber ihre Manöver fort. Daraufhin hat die Besatzung der „Firebolt“ einige Warnschüsse abgegeben, erst danach hätten sich die iranischen Schiffe entfernt.

„Die Handlungen der Marine der Revolutionsgarde erhöhten das Risiko von Fehlkalkulationen und / oder Kollisionen“, und „entsprachen nicht den internationalen Regeln für den Seeverkehr“, teilte die US-Marine mit.

US-Kommandeure behalten sich das Recht vor, sich bei Bedarf effektiv zu verteidigen, hieß es weiter.

Wie Pentagon-Sprecher John Kirby am Dienstag (Ortszeit) mitteilte, versuchen die USA Fehleinschätzungen zu vermeiden, wenn sie sich auf See in unmittelbarer Nähe zu Marineschiffen der Revolutionsgarde befinden.

„Im Großen und Ganzen wollen wir, dass die Spannungen abnehmen, wir wollen keine Fehleinschätzungen“, sagte Kirby vor Journalisten. „Unsichere und unprofessionelle Aktivitäten der Marine der Revolutionsgarde sind nicht neu. Sie sind seit langem ein anhaltendes Problem“.

Kirby betonte, dass solche Probleme fast nie mit Schiffen der iranischen Staatsmarine entstehen, sondern größtenteils mit Schnellbooten der Revolutionsgarde.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1c/1883941_0:0:1001:563_1440x0_80_0_0_dbcb3941428124ef813c721b85bf460d.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 28. April um 9:00 Uhr 4297 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 3706 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 398 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 27. April wurden in der DVR 401 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 102 positiv, bei 53 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 28. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 32.890 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4065 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 26.323 als gesund entlassen, es gibt 2502 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 113 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 21 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 94 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1448 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 629 mit Sauerstoffunterstützung (+34 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 236 Express-tests 62 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1373 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snaneews.de: **Charité bietet jetzt „Trumps Antikörper-Cocktail“ an**

Ein neues Corona-Medikament zum Schutz vor schweren Verläufen der Krankheit wird nun

erstmals von der Charité in Berlin eingesetzt. Mit den Antikörper-Mitteln überwand Ex-Präsident Donald Trump letztes Jahr erstaunlich schnell seine Corona-Infektion. 400 Millionen Euro ließ sich das Gesundheitsministerium die neuen Corona-Medikamente aus den USA bereits im Januar kosten. 200.000 Dosen sogenannter monoklonaler Antikörper wurden von Jens Spahn geordert. Sie sollen Patienten in der Frühphase einer Erkrankung helfen und einen schweren Verlauf verhindern. Mit dieser Form der Antikörper wurde Ex-US-Präsident Donald Trump im vergangenen Jahr erfolgreich nach seiner Corona-Infektion behandelt.

Bisher noch nicht zugelassen

In den USA gibt es für diese Arzneimittel eine Notfallzulassung der Arzneimittelbehörde FDA, in der Europäischen Union sind sie bisher nicht zugelassen. Trotzdem werden die Antikörper-Medikamente ab sofort in der Berliner Charité verabreicht. Eine sogenannte „Antikörper-Ambulanz“ hat auf dem Campus in Berlin-Mitte ihren Testbetrieb aufgenommen.

Nur nach Überweisung vom Hausarzt

Es ist allerdings nicht so, dass jeder sich für eine Antikörper-Therapie bei der Charité anmelden kann. Diese steht Corona-Infizierten mit bestimmten Risikofaktoren nur nach einer Überweisung vom Hausarzt oder Spezialisten zur Verfügung. Die Antikörper-Therapie richtet sich beispielsweise an Erkrankte, die an einer Immunsuppression aufgrund von Chemotherapie oder Organtransplantation leiden, an Patienten mit chronischen Nieren- oder Lungenerkrankungen oder starkem Übergewicht und an Menschen mit Down-Syndrom. Die Therapie ist außerdem nur in einem frühen Stadium der Infektion bei Erwachsenen möglich, das heißt, es dürfen seit maximal fünf Tagen nur milde bis moderate Symptome aufgetreten sein.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1c/1886455_0:160:3077:1890_1440x0_80_0_0_971444a0ba47661b24c5c886624a0ab8.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 28.4.2021

In den letzten 24 Stunden, vom 27. auf den 28. April, wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Einheiten der 72. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Bogomolow von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Spartak** mit Antipanzerraketenkomplexen beschossen und drei Raketen abgefeuert, außerdem wurde **Krutaja Balka** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Einheiten der 28. mechanisierten Brigade haben auf Befehl des Brigadekommandeurs Martschenko **Staromichajlowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der 128. Brigade in Ausführung eines Befehls des

Brigadekommandeurs Gontscharuk **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern beschossen und sieben Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Einheiten der 128. Gebirgsturmbrigade **Kominternowo** weiter mit Antipanzergrenatwerfern beschossen, außerdem haben sie **Leninskoje** mit Antipanzergrenatwerfern und einem Unterlaufgrenatwerfer beschossen. Die genannten Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die Schuldigen an der Verletzung des Waffenstillstands zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern. Trotz der Erklärung ukrainischer Politiker über ihre Unterstützung der friedlichen Regelung des Konflikts und der Bereitschaft Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung einzuführen, wurden alle Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung eines Regimes der Ruhe einzusetzen, weiter von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 18 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

Aus dem Bestand der 128. Gebirgsturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 128. Gebirgsturmbrigade in einem Wohngebiet in der Oktjabrskaja-Straße in Primorskoje;

in Nikolajewka, in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern wurden vier Schützenpanzer der 93. mechanisierten Brigade bemerkt, die zur Ablösung der 53. mechanisierten Brigade eingetroffen ist.

Außerdem ist am Rand von Nikolskoje außerhalb der vorgesehenen Lagerorte für Waffen ein Abwehrgeschütz S-300 stationiert. An der Eisenbahnstation in Chlebodarowka acht Haubitzen 2S3 „Akazija“ sowie acht Haubitzen 2S3 „Akazija“ auf einem Übungsplatz in der Nähe von Chlebodarowka.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter und blockiert die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.

So haben Kämpfer von mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eine Station „Bukowel-AD“ im Gebiet von Krasnogorowka, Newelskoje, Gnutowo und Pawlopol eingesetzt, um die Entdeckung von Waffen aus dem Bestand der 20., 58. und 128.. Brigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern.

Außerdem schießen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in fortgesetzter Umsetzung eines Befehls des Kommandos der OOS zielgerichtet und versuchen, Drohnen der OSZE-Mission zu vernichten, die über den Positionen der Brigaden fliegen. So haben Einheiten der 28. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Martschenko drei mal eine Drohne der OSZE-Mission, die über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krasnogorowka flog, mit Schusswaffen beschossen. So hat die 28. mechanisierte Brigade bereits neun mal in einer Woche Drohnen der Mission beschossen.

Im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade führt der Gegner außerdem Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch, die direkt das Leben und die Gesundheit von Zivilisten gefährden. Wir bemerken die Verminung von Örtlichkeiten in der Nähe von Marjinka mit Antipanzermiinen TM-62, 30 Meter von Wohnhäusern und einer allgemeinen Straße wurde 14 Minen installiert.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die **Ankunft von Filmteams der ukrainischen Fernsehsender „1+1“, „ICTV“ und „5. Kanal“** in Begleitung von Vertretern des Pressezentrum des Stabs der OOS, bei denen es sich um Spezialisten von Einheiten für informationspsychologische Operationen und Mitarbeiter des ukrainischen GZKK handelt, im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgsturmbrigade in Richtung Mariupol, der 58. Panzergrenadierbrigade in Richtung Donezk sowie der 10. Gebirgsturmbrigade in Richtung

Gorlowka erhalten.

Wie wir bereits mitteilten, bereiten die genannten Gruppen eine **Serie spezieller Reportagen über angeblichen Beschuss von Seiten der Volksmiliz**, die Zerstörungen von ziviler Infrastruktur auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium nach sich gezogen hätten, vor. Im Verlauf des 26. April haben die Journalisten im Verlauf des Konflikts beschädigte Häuser und Objekte besichtigt, um passende für die Aufnahme von Zerstörungen auszuwählen. Die Aufnahmen der Reportagen selbst sind für den 28. bis 30. April geplant.

Angesichts der Veröffentlichung von Informationen über den Einsatz von weißen Militärlastwagen mit Symbolen des GZKK für den Transport von Munition auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte durch uns, haben die eingetroffenen Journalisten die besondere Aufgabe, über die Arbeit und die Fahrzeuge des ukrainischen GZKK zu berichten und die veröffentlichten Informationen zu dementieren. Weiße Lastwagen sind bereits am Drehort der inszenierten Aufnahme in Wodjanoje im Verantwortungsbereich der 58. mechanisierten Brigade und in Pawlopol im Verantwortungsbereich der 128. Gebirgssturmbriade eingetroffen.

Zu den Redaktionsaufgaben der eingetroffenen Journalisten gehört auch, über die in der OOS durchgeführte Impfungen gegen COVID-19 und die aktive freiwillige Beteiligung der ukrainischen Soldaten daran zu berichten.

Nach vorliegenden Informationen wird dieser Schwerpunkt auf die Aktivität und Freiwilligkeit speziell deswegen gelegt, um die ukrainischen Soldaten von der Ungefährlichkeit der Impfung mit dem indischen Präparat „Covishield“ zu überzeugen. Was in der Realität absolut nicht der Wirklichkeit entspricht. Todesfälle bei ukrainischen Soldaten aufgrund einer COVID-Erkrankung nach der Impfung sowie aufgrund von Nebenwirkungen des Impfstoffs werden weiter verheimlicht.

So fühlte sich nach unseren Informationen am 26. April der Soldat Kornijtschuk der 56. Panzergrenadierbrigade nach einer Impfung mit „Covishield“ im Hospital von Mariupol schlecht und fiel nach sechs Stunden ins Koma, nach drei weiteren Stunden starb er.

snanews.de: **Nazi-Verbrechen: Russland gibt Anstoß für gemeinsame Ermittlungen mit Deutschland**

Strafverfolger vom russischen Ermittlungskomitee arbeiten gegenwärtig daran, gemeinsam mit der Bundesrepublik eine Gruppe zur Aufklärung von Nazi-Verbrechen aufzustellen. Russlands Ermittlungskomitee arbeite im Moment an der Schaffung einer „internationalen Ermittlungsgruppe“ mit dem Ziel, die Verbrechen des NS-Regimes weiter aufzuklären. Dieser Gruppe könnten auch „Vertreter der zuständigen Behörden der BRD“ angehören, sagte Sergej Petrow, Leiter des Fachbereichs Bildungs- und Erziehungsarbeit am Ermittlungskomitee, bei einem Runden Tisch zum Projekt „Ohne Verjährungsfrist“.

Dieses Projekt setzt sich nach eigenen Angaben für den Erhalt der Erinnerung an die Tragödie der sowjetischen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg ein: an jene Menschen also, die den Kriegsverbrechern des NS-Regimes und ihren Handlangern zum Opfer fielen.

Eine rechtliche Grundlage für die Gründung der internationalen Ermittlungsgruppe bestehe bereits: Das „Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen“ vom 8. November 2001 stelle den Staaten entsprechende Möglichkeiten bereit, erklärte Petrow. So arbeiten russische Strafverfolger in dieser Sache auch mit Kollegen aus Kanada und Estland zusammen. Petrows Angaben zufolge hat das russische Ermittlungskomitee in den vergangenen zwei Jahren sechs Ersuchen zur Rechtshilfe bei der Aufklärung von Nazi-Verbrechen im Großen Vaterländischen Krieg an andere Staaten gerichtet. Wie viele davon beantwortet wurden, hat der Behördenvertreter nicht gesagt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1c/1888678_0:231:2823:1818_1440x0_80_0_0_905c3de1f7c7403f2c5cd0f65ffea747.jpg

snanews.de: **Russland weist sieben EU-Diplomaten aus**

Zwei Mitarbeiter der litauischen Botschaft, drei Mitarbeiter der slowakischen Botschaft sowie je ein Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen von Lettland und Estland sollen binnen einer Woche Russland verlassen, wie das russische Außenministerium am Dienstag mitteilte. Moskau hat gegenüber Vertretern der genannten Länder entschiedenen Protest erhoben, nachdem diese aus Solidarität mit Tschechien mehrere russische Bürger zu unerwünschten Personen erklärt hatten. Ähnliche Maßnahmen waren von den USA, Bulgarien, der Ukraine, Polen und Rumänien vorgenommen worden.

Im Verhältnis zwischen Moskau und Prag ist eine ernst zu nehmende Krise zu beobachten: Beide Länder haben Dutzende Diplomaten der jeweils anderen Seite ausgewiesen, nachdem die tschechischen Behörden Russland beschuldigt hatten, in die Explosion eines Munitionslagers im südmährischen Vr̃bětice im Jahr 2014 verwickelt gewesen zu sein.

In manchen Fällen war die Ausweisung russischer Diplomaten Teil der Sanktionspolitik. In anderen Fällen wurde Spionageverdacht als Grund angegeben. In wieder anderen Fällen wurde auf das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen verwiesen, das es erlaubt, keine Ausweisungsgründe zu nennen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1c/1889437_0:160:3075:1889_1440x0_80_0_0_19b7b2de5a56f1b8b4ab6ff2d3740a3e.jpg

Mil-lnr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR

Oberleutnant I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertreter der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehls des Brigadekommandeurs Schapowalows von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Logwinowo** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade auf Befehl des Kommandeurs Fedossenko von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus zweimal das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen, von den Positionen in den Gebieten von Nowoswanowka und Katerinowka aus wurden **Kalinowo** und **Molodjoshnoje** mit Mörsern und Granatwerfern beschossen....

snanews.de: **Lawrow über Handlungen Tschechiens: „Viele schizophrene Komponenten in dieser Geschichte“**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti den Vorfall um die Explosion im Waffenlager in Vrbetice und die Ausweisung russischer Diplomaten aus Prag kommentiert.

Zuvor hatte Tschechien 18 russische Diplomaten des Landes verwiesen. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie für russische Geheimdienste gearbeitet und hinter der Explosion im Jahr 2014 gesteckt haben sollen. Das Außenministerium in Moskau dementierte eine Beteiligung russischer Geheimdienste an der Explosion in Vrbetice.

Der Minister erklärte im Interview, dass er die jüngsten Geschehnisse und die Motivation tschechischer Offizieller „intellektuell nicht begreifen“ könne.

„Man kann es, wissen Sie, wie eine nicht sehr elegante Fernsehserie verfolgen. Es gibt viele schizophrene Komponenten in dieser Geschichte.“

Die tschechische Führung – darunter auch der jetzige Ministerpräsident Andrej Babiš – habe 2014 vermutet, dass hinter der Explosion die Fahrlässigkeit der Munitionsdepotbesitzer stehe. Diese Version sei in allen sieben Jahren nie bestritten worden.

„Der Präsident (Miloš – Anm. d. Red.) Zeman hat nur vorgeschlagen, auch diese Version in Betracht zu ziehen“, sagte Lawrow. „Nun wirft man ihm Staatsverrat vor.“

Laut dem tschechischen Parlamentssprecher habe Zeman ein Staatsgeheimnis preisgegeben, als er die Notwendigkeit verkündet habe, alle Versionen zu studieren.

„Ist das denn nicht Schizophrenie?“, fragte der russische Minister rhetorisch. „Eine reine, meiner Meinung nach.“

Er betonte, dass Prag keine Beweise einer rechtswidrigen Tätigkeit für keinen einzigen der ausgewiesenen Diplomaten geliefert habe, und erinnerte an die Aussage des ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Klaus. Der Politiker soll die Handlungen seiner Landsleute mit einem Toy Terrier verglichen haben, der einen großen Hund anbelle, in der Hoffnung, Unterstützung von Stärkeren zu bekommen, und dabei direkt die USA und Großbritannien genannt haben.

„Wir hatten nie den Wunsch, unseren tschechischen Kollegen zu schaden“, so Lawrow.

„Sollte die Vernunft die Oberhand erlangen, sind wir bereit, die Bedingungen für das normale Funktionieren der diplomatischen Vertretungen wiederherzustellen, wenn auch langsam.“

Der Minister lobte seinen deutschen Amtskollegen Heiko Maas, der sich gegen neue Russland-Sanktionen und für einen Dialog ausgesprochen hatte. Deutschland hat laut Maas „kein Interesse“ daran, sich in dieses „Konfrontationsgeschrei einzureihen“.

Aus Lawrows Sicht ist es die Aussage eines „verantwortungsvollen Politikers“, die zwar die Kontroversen nicht überbrücke, die Notwendigkeit eines Dialogs aber hervorhebe.

Nach Tschechien hatten auch die USA, Bulgarien, die Ukraine, die Slowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien in den zurückliegenden Wochen Dutzende Mitarbeiter der

russischen diplomatischen Missionen ausgewiesen. Moskau reagierte angemessen. Am Montag erklärte Sergej Lawrow, es bestehe bei der Explosion im Waffenlager der Verdacht, dass Prag gegen eine Reihe von internationalen Verträgen verstoßen habe. Die Europäische Union sollte laut dem Minister den Vorfall in Vrbotice aufklären. Tschechien wies die Vorwürfe der Aufbewahrung verbotener Waffen zurück.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/45819_0:0:2938:1653_1440x0_80_0_0_62cb3192386d696d75fde336948adf8e.jpg

abends:

snaneews.de: **Deutsche Polizeimission in Afghanistan beendet: Letzter Polizeiausbilder verließ das Land**

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hat am Dienstag der letzte deutsche Polizist der Ausbildungsmission Afghanistan verlassen.

„Die Ausbildung afghanischer Polizistinnen und Polizisten ist keine Streifenfahrt, sondern tapferer Dienst unter großen persönlichen Entbehrungen“, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Offiziell endet das Ausbildungsprogramm „German Police Project Team“ (GPPT) am 30. April. Im Rahmen der Mission wurden in fast 20 Jahren mehr als 80.000 afghanische Polizeikräfte ausgebildet.

Hintergrund für das Ende des Polizeiprojekts ist die Entscheidung des US-Präsidenten und der Nato, die internationalen Truppen aus Afghanistan bis zum 11. September abzuziehen. Die Bundeswehr soll bis spätestens Mitte August abziehen. Berlin ist der zweitgrößte Truppensteller nach Washington, zurzeit befinden sich dort noch 1100 Soldaten.

Am Dienstag haben zudem die Vereinigten Staaten einigen ihrer Beamten befohlen, die Botschaft in Kabul aufgrund zunehmender Gewalt und Bedrohungsberichte zu verlassen.

US-Truppenabzug nach über 18 Jahren Krieg

Die Vereinigten Staaten haben unter Donald Trump 2020 ein Friedensabkommen mit den Taliban unterzeichnet: das erste Abkommen dieser Art seit mehr als 18 Kriegsjahren. Die Vereinbarung sieht unter anderem den Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan binnen 14 Monaten und die Aufnahme von innerafghanischen Gesprächen mit dem Ziel des Gefangenenaustauschs vor. Der Truppenabzug ist gemäß der Vereinbarung bis 1. Mai dieses Jahres abzuschließen. Durch die Verschiebung der Abzugsfrist auf den 11. September verstößt die Biden-Regierung jedoch gegen die Vereinbarung.

Die Taliban mahnten ihrerseits, sie würden das Friedensabkommen nicht länger einhalten und möglicherweise ausländische Truppen angreifen, sollten diese über den 1. Mai hinaus in

Afghanistan bleiben



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1a/1455109_0:0:1000:563_1440x0_80_0_0_ba84e627d4cd8a0d095bcfb0d65a676c.jpg